



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: brigitte.zypries@wk.bundestag.de

Berlin, 3. Dezember 2015

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung
Bundesteilhabegesetz wichtiger Schritt
für eine inklusive Gesellschaft

Am heutigen „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen“ treten Menschen mit und ohne Behinderungen weltweit für Gleichberechtigung und eine inklusive Gesellschaft ein. Denn nach wie vor stoßen Menschen mit Behinderungen viel zu häufig in ihrem Alltag auf Barrieren.

Deshalb fordert die SPD eine zügige Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. „Wir wollen die Lebenssituation der rund zehn Millionen Menschen mit Behinderungen in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Dabei ist nicht nur eine umfassende Barrierefreiheit von Bedeutung. Für ein selbstbestimmtes Leben sind vor allem Nachteilsausgleiche und Assistenzleistungen zentral“, erläutert die SPD-Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries.

Eines der wichtigsten behindertenpolitischen Vorhaben dieser Wahlperiode ist deshalb die Reform der Eingliederungshilfe. Mit dem Bundesteilhabegesetz wird diese Leistung endlich aus dem ‚Fürsorgesystem‘ herausgeführt. „Damit eine Behinderung nicht zur Armutsfalle wird, weder für Menschen mit Behinderungen noch für ihre Familien, setzen wir uns für spürbare Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensprüfung ein. Menschen mit Assistenzbedarf müssen mehr als nur 2.600 Euro ansparen dürfen“, betont Zypries. Zur Bedarfsermittlung wird es

Presseremittierung



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: brigitte.zypries@wk.bundestag.de

zukünftig bundeseinheitliche Verfahren geben. Das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen wird gestärkt, ein trägerunabhängiges Beratungsangebot wird geschaffen.

„Das Bundesteilhabegesetz soll Menschen mit Behinderungen außerdem mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen. Mit der flächendeckenden Einführung des ‚Budgets für Arbeit‘ werden wir den Übergang zwischen Werkstätten für behinderte Menschen und dem ersten Arbeitsmarkt flexibler gestalten“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete abschließend.

Pressemitteilung